

Mahnruf

Kampfblatt der Werktätigen

Der „Mahnruf“ erscheint wöchentlich. Redaktion und Verwaltung: Graz, Glatfacherberggasse Nr. 20. Sprechstunden: täglich von 18 bis 19 Uhr. — Wiener Redaktion: Hans Thoma, II., Provaragasse 24. Sprechstunden: Jeden Mittwoch von 8—10 Uhr abends Gasthaus Rinzler, IX., Lazarethgasse 12. — Eingefandte Artikel müssen mit Name und Adresse gefertigt sein.

Graz Wien
Oktober 1929
Nr. 10 1. Jahrg.

Bezugspreis: Im Monatsabonnement mit Postzustellung wird jede Nummer mit 15 Groschen berechnet, im Straßenverkauf mit 18 Groschen. Das Vierteljahrsabonnement mit Postzustellung beträgt S. 5.00. Vierteljährliche Bezugsgebühr für Deutschland M. —.80. Die Bezugspreise sind im vorhinern zu entrichten. — Postparaffens-Konto Nr. 69371.

Die Legalisierung der Konterrevolution.

Die bürgerliche Demokratie enthüllt sich als Volksbetrug. — Die Konterrevolution präsentiert ihre faschistische Verfassung. — Sklaverei oder revolutionärer Klassenkampf? — Das Proletariat muß sich wehren. — Die Regierung plant den Raub der Arbeitslosenunterstützung.

Das erbärmliche Geschwätz der S.-P.-Führer über den „Segen“ der bürgerlichen Demokratie, über den bösen Seipel und den „demokratischen“ Schober ist jämmerlich zusammengebrochen. Schon über Schon ernten die sozialdemokratischen Führer auf ihre demokratisch-pazifistischen Phrasen. Die feige Auslieferung der Arsenalwaffen, die fortwährenden Abrüstungsangebote der P.-S.-Führer beantwortete die Bourgeoisie mit der Bewaffnung der Heimwehren. Mit Hungerlöhnen bezahlt die Arbeiterschaft die „wirtschaftliche Realpolitik“, die staatsmännische Einsicht, die Kompromißpolitik der S.-P.-Führer. Vergessens macht die sozialdemokratische Presse die ruinfesten wirtschaftlichen Folgen der Staatspolitik in allen Farben aus.

Umsonst war die Korbhudelei von Schober, vergebens die Koalitionspolitik der Salonsozialisten mit den bürgerlichen Parteien. Das Proletariat trägt die Opfer für diese Politik seiner bürgerlichen Führer.

Der reaktionäre Verfassungsentwurf der Schober-Regierung, der dem Parlament vorliegt, ist die Legalisierung der Konterrevolution.

Was in der Monarchie unter dem Regime Metternich und Badeney gut genug war, um die Arbeiterklasse zu verflaven, um ihre Entwicklung mit dem Polizeisäbel zu unterbinden, all das lebt in verstärkter Form in diesem Verfassungsentwurf wieder auf. Dismal aber um die Lebensdauer des absterbenden Kapitalismus zu verlängern, um die Arbeiterklasse blutig und grausam niederzuwerfen, um den Sieg des Sozialismus auf Jahrzehnte zurückzuwerfen.

Im Vordergrund steht die Ausschaltung des Parlaments, es soll in Zukunft als Feigenblättchen der offenen Diktatur des Hauses Rothschild vegetieren.

Die Monarchie hatte ein Abgeordnetenhaus und das Herrenhaus, jetzt bekommen wir aus der Küche der Einheitsliste das Dreikammernsystem präsentiert. Einen Länder- und Ständerat,

der sich in seiner Mehrheit aus den Vertretern des Kapital-Adel-Alerus und Großagrarier zusammensetzen soll. Der Ständerat hat das Recht gegen alle Gesetze, die vom Parlament beschlossen werden, aus „wirtschaftlichen Interessen“ Einspruch zu erheben; der Länderrat kann aus Länderinteressen Einspruch erheben.

Der formelle Diktator soll der Bundespräsident mit drakonischen Vollmachten sein. Ihm obliegt die Ein- und Absetzung der Regierung. Er kann ohne den Nationalrat zu befragen, Gesetze erlassen und den Nationalrat auflösen.

Erklärt die Landesregierung, daß durch die Neuwahlen im Falle der Auflösung „außerordentliche Verhältnisse“ eingetreten sind, so kann sie die Neuwahlen bis ins Endlose verschieben. Der

Paragraph 14

der kaiserlichen Verfassung von 1867 ist somit Regierungssystem und stellt seinen Vorgänger in den Schatten.

Das Wahlalter soll von 20 auf 21 Jahre erhöht werden und setzt eine einjährige Selbsttätigkeit voraus. In allen Gemeinden unter 3000 Einwohnern soll das Proporzwahlssystem abgeschafft, an seine Stelle das Mehrheitsprinzip treten. Damit soll Zehntausenden von Industrie und Landarbeitern die Vertretung im Gemeinderat geraubt werden. Dagegen soll den Industriegemeinden im Verwaltungswege ihre bisherige Autonomie eingeschränkt werden.

Ein Faustschlag ins Gesicht der Arbeiterklasse ist die Vergewaltigung von Wien. 140.000 Vorarlberger bleiben ein Land, 1.800.000 Wiener macht der Verfassungsentwurf zu Staatsbürgern zweiter Klasse, indem er Wien den Rang eines Landes raubt. Wien soll eine bundesunmittelbare Stadt werden, nicht der Wiener Gemeinderat, sondern die Bundesregierung soll Wien regieren. Den Anteil Wiens an den Bundessteuern, die es als Land bezogen hat, fallen dem Bund zu. Ueber die

Gemeindesteuern soll eine „berufständische“ Kommission entscheiden,

in der die Handelskammer vier, die Arbeiterkammer einen Vertreter entsendet. Der Stadtschulrat von Wien wird weniger Rechte, als der von Vorarlberg haben. Selbst das Leichenbestattungswesen soll der Kompetenz Wiens entzogen werden. Die Wiener können wählen wie sie wollen, regiert werden sie von der Bundesregierung. Die

Geschworenengerichte sollen durch Schöffensenate ersetzt werden, um dem Wüten der Klassenjustiz freien Lauf zu lassen. Der Ausnahmezustand

ist als letzte Geißel gegen die Arbeiterklasse vorgesehen. Für den Fall, daß die von Elend, Willkür und Verzweiflung getriebenen Massen rebellieren, kann die Regierung sowie Behörden die gesamte Macht der Polizei übergeben. Jede Zeitung kann eingestellt oder der Zensur, so wie im Kriege, unterworfen werden.

In Zukunft soll jedes Gesetz, das zur Änderung der Verfassung eingebracht wird, mit einfacher Mehrheit beschlossen werden.

Auf diese Weise kann die Einheitsliste alles beschließen, was zum reiflosen Ausbau der faschistischen Diktatur notwendig ist.

Außerdem soll das monarchistische Staatswappen und der Adel wieder eingeführt werden.

Zur wirtschaftlichen Anbelangung der Arbeiterschaft bereitet die Regierung das

Antiterrorgesetz

vor, das jeden Arbeiter, der gegen Streikbrecher, Gelbe oder Faschisten Stellung nimmt, mit Strafen bis drei Jahre Kerker bedroht.

Schon kündigt der Landbund den Raub der Arbeitslosenunterstützung

an. Eine „gründliche Neuregelung“ des gesamten Apparates der sozialen Verwaltung ist vorgesehen. Die „Wirtschaft soll entlastet“, den Saisonarbeitern, Jugendlichen und Ledigen soll die Arbeitslosenunterstützung geraubt werden.

Arbeiter! Wobin ihr blickt, lauert die Reaktion, um euch das Letzte zu rauben. Mit dieser Verfassung soll euch das

Streikrecht

genommen, der Anbel in den Mund gesteckt werden.

Erwartet nicht von den sozialdemokratischen Führern, daß sie euch in den Kampf führen, laßt euch nicht von ihren radikalen Worten irreführen. Ihre „linken“ Reden sollen den Rechtskurse, die Kapitulation vor Schober demastieren. Die Wahrheit entschlüpft Otto Bauer in seinem Schlußwort am Parteitag, wo er sagte:

„Der Genosse Kenner hat gestern gesagt: Wir sind einig als wir jemals waren. Das möchte ich auch von meiner Seite aus unterstützen. Wenn es trotzdem Meinungsunterschiede gibt, so bestehen sie nicht darin, was wir zu tun haben, sondern vielleicht höchstens darin, wie wir reden und schreiben sollen.“ (Seiterkeit.)

Die Bonzokratie sollte diesen treffenden Worten Seiterkeit. „Wie wir reden und schreiben sollen“, um das Proletariat an der Nase zu führen, um die Kapitulation, Feigheit und Niederlagenstrategie dem Proletariat zu verfalluen. Die bürgerliche Politik durch die „linken“ Reden zu verwischen.

Die „Arbeiter-Zeitung“ vom 22. Oktober versucht, Schober vor den Arbeitern zu rechtfertigen, indem sie schreibt:

„Manchmal hat man wirklich den Eindruck, daß Schober von türkischen Dramanten, die da konzipiert haben, verschiedenartig hineingelegt worden ist.“

So wie die sozialdemokratische Presse nur Seipel als den Schuldigen hinstellt, so versucht sie hartnäckig vor Schober zu kriechen und ihn als die verführte Seele hinzustellen. So bereitet sie in den Gebirnen der Arbeiter die Kapitulation in den Verfassungsfragen vor.

Jetzt ist es mehr denn je die Pflicht aller revolutionär denkenden Arbeiter, sich unter dem

Banner des Kommunismus zu sammeln, den Wiederstand des Proletariats zu organisieren.

Nieder mit der Schober-Verfassung!
Es lebe der revolutionäre Klassenkampf!

Mitgliederverammlung

am Sonntag, den 3. November, um halb 10 Uhr vormittags, im Parteilokal. Tagesordnung: Politische Lage. Referenten aus Wien. Alle Abonnenten sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Offener Brief an die Bolschewiken-Leninisten (Oppositionelle)

Die wachsenden Schwierigkeiten der Sowjetregierung, die fortgesetzten Vorhänge der rechten Opposition, die den Druck der kulaischen und bürgerlichen Elemente in der R. S. P. wieder spiegelt und zuletzt die Übernahme von Lösungen und Vorschlägen aus der Plattform der Bolschewiken-Leninisten durch Stalin, haben die russische Opposition bewegt, ein Angebot um die Wiederaufnahme in die Partei zu richten. Die russische Opposition erklärt feierlich alle ihre Ansichten aufrechtzuhalten und weist darauf hin, daß die Entwicklung die Plattform der Opposition bestätigt hat. Nachstehend veröffentlicht wir den Brief L. Trozki's an Malowsky und Genossen, in welchem er sich dem Angebot um die Wiederaufnahme in die Partei anschließt.

Das bürokratische Stalinregime hat den christlichen Schritt der Opposition mit neuen Repressalien und einem Ungehorsamsgesetz beantwortet. Genosse Malowsky wurde aus dem Konzentrationslager Saratow, wo er sich mit vielen anderen Genossen beand, nach Sibirien verbannt.

(Anmerkung der Redaktion.)

An die Genossen W. Kossif, M. Dudschawa und Ch. Malowsky, die die Erklärung an das ZK. und die ZK. unterschrieben haben.

Meine Genossen!

Ihre „Erklärung“ vom 22. August habe ich in Konstantinopel am 22. September erhalten.

Wenn ich auch an der Ausarbeitung Ihrer Erklärung nicht teilgenommen habe und darum auch nicht die Verantwortung für alle Ihre Formulierungen tragen kann, so sage ich ihr doch auch meine Unterschrift hinzu, denn im grundlegenden steht sie auf der Linie der Bolschewiken-Leninisten (Opposition).

Wir haben immer danach gestrebt, den Mitgliedern der Partei das Recht zu sichern, die tiefen Differenzen seit 1923 im Rahmen einer einzigen Partei zu prüfen und zu bewältigen. Wir waren der Meinung, daß beim Vorhandensein einer genügend biegsamen Parteidemokratie und des Gefühls der revolutionären Verantwortung der leitenden Elemente aller Strömungen der Partei man die faktische Bekämpfung und die Verbesserung der politischen Linie der Partei ohne Erschütterungen, die immer mehr und mehr die Diktatur des Proletariats untergraben, sichern kann. Diese Erwägungen diktierten unsere Erklärungen im Oktober 1926, im Juli 1927, während des 15. Parteitag und endlich während des 6. Kongresses der Komintern. Jede dieser Erklärungen befaßt unsere unerschütterliche Treue den theoretischen und politischen Ideen gegenüber, welche zum Bestandteil der Plattform der Bolschewiken-Leninisten (Opposition) geworden sind, und gleichzeitig gibt sie unsere volle Bereitwilligkeit wieder, unseren Kampf um diese Ideen den Statuten und der Disziplin der Partei, die sich auf die proletarische Demokratie stützt, zu unterwerfen.

Diese Erklärungen haben wir gemacht, wie oben gesagt, zu einer Zeit, als die zentristische und rechte Strömung unserer Partei noch einen ununtrennbaren Block darstellten, da die Plattform der Bolschewiken-Leninisten (Opposition) als ein antiparteiliches Dokument erklärte.

Es ist wohl unnötig, hier zu beweisen, daß alle wichtigen Gegenstände, die von der offiziellen Leitung gegen unsere Plattform gerichtet waren, wenn man sie zusammennimmt, sie die Plattform des heutigen rechten Flügels kitzeln. Ich werde mich hier auch nicht darüber aufhalten, in welchem Maße das Parteiregime durch die Tatsache charakterisiert wird, daß die Spaltung der Leitung und die scharfe Abwendung des Kurzes zwischen zwei Parteien und am anderen Tage nach dem Kongreß der Komintern stattgefunden haben, und in welchem Maße dieser Umstand nicht nur die Festigkeit der Parteipolitik untergräbt, sondern auch die größten Gefahren in sich birgt. In sehr zurückhaltender, aber in sehr ungewöhnlicher Form spricht davon Ihre Erklärung.

Die Tatsache der Wendung der offiziellen Leitung links liegt klar zutage. Seit 1926 haben wir mehr als einmal die Unausbleiblichkeit einer solchen Wendung unter den Schlägen des Klassenkampfes vorausgesagt, der un schwer den Rahmen der rechtszentristischen Politik gerührt hat. Es ist ebenfalls unnötig, hier jene unfehlbare Tatsache zu beweisen, daß, wenn der Kampf gegen unsere Plattform mit den Seiten der heutigen rechten Gruppierung geführt worden ist, der offizielle Kampf gegen diese Gruppierung mit Bewußtsein geführt wird, die voll und ganz unserer Plattform entnommen sind. Unter diesen Umständen sich von diesem Kampfe loszusagen, würde nicht nur bedeuten, daß wir wissenschaftlich ein solches Verhältnis zu den ideellen Verpflichtungen zeigen, welche die Theorie des Marxismus und die revolutionäre Schule Lenins uns auferlegt hat, sondern würde eine neue erpöndliche Wirtnis in das Bewußtsein der Partei hineinbringen, die ohnehin verwirrt und desorientiert ist.

Aber es ist ganz klar, daß, wenn wir sogar in der Periode des ununtrennbaren rechtszentristischen Blockes und der faktischen Herrschaft der rechten Ideen auf der ganzen Linie es für möglich und für unsere Pflicht gehalten haben, unsere Positionen im Rahmen einer einzigen Partei zu verteidigen, wir jetzt um so sicherer diese Verpflichtung auf uns nehmen können, wo die Probleme, die von uns durch politische Voraussetzungen ausserordentlich worden sind, jetzt offen und gebierlich durch den Gang des Klassenkampfes aufgestellt werden und schon so bedeutende Umgruppierungen in der Partei hervorgerufen haben. J. J. der heftigen Repressalien und der größten Hege haben wir erklärt, daß unsere Treue der Partei Lenins und der Oktoberrevolution gegenüber unerschütterlich sei.

Der Marzist mühte sich nur in dem Falle weigern, Ihre „Erklärung“ zu unterschreiben, wenn er zu der Schlussfolgerung kommen würde, daß der Thronsturz eine schon vollendete Tatsache sei. Daß die Partei ein Bedauern sei, und daß der Weg zur Diktatur des Proletariats über eine neue Revolution führt. Obgleich man uns eine solche Position wohl ein Duzendmal zugeschrieben hatte, haben wir mit ihr nichts gemeinsames. Darum ist die Erklärung vom 22. August eine natürliche Etappe auf dem politischen Weg der Opposition.

Wenn jedoch die formelle Trennung des Zentrums von den Rechten, der Rück der offiziellen Leitung nach links und die breite Ausnutzung der Ideen und Lösungen unserer Plattform im Kampf gegen die Rechten, rein theoretisch genommen, die Wiederherstellung der Einheit der Partei auf leninistischer Grundlage außerordentlich erleichtern müßte, so gibt leider die reale Lage keine Gründe zu optimistischen Schlussfolgerungen in bezug auf die nächste Zukunft. Die Tatsache, daß viele Ideen, Lösungen und Formulierungen unserer Plattform jetzt das offizielle Eigentum der Partei geworden sind, ist kein Hindernis, daß die Verfasser und Verreiber der Plattform in den Gefängnissen und in der Verbannung bleiben. Wenn die jegliche Wendung der Leitung die grundlegenden Differenzen beiseite rückt, so würde das der Leitung ebenso klar sein wie uns. In diesem Falle würden die Repressalien der Opposition gegenüber ganz und gar unerklärlich sein, wenn man sie nicht einfach als nacktes bürokratisches Vandalentum qualifizieren würde. Aber wir haben eine solche Bewertung weit von uns gewiesen und weisen sie auch heute von uns. Die Leitung verstärkt die Repressalien, weil die Uneinigkeit vieler äußerlich wichtiger praktischer Maßnahmen seiner heutigen Politik mit den Lösungen und Formulierungen unserer Plattform die Frage über die Verantwortlichkeit der theoretischen Vorbedingungen, von denen die Leitung und die Opposition in dem Tagesfragen ausgehen, weiter bestehen läßt. Mit anderen Worten: Die Leitung, die sogar offiziell eine Reihe unserer tatsächlichen Schlussfolgerungen sich angeeignet hat, vertritt noch immer jene strategischen Vorbedingungen, aus denen die rechtszentristische Taktik des gestrigen Tages entstanden war. Hieraus folgt die Unruhe und das Mißtrauen in bezug auf den morgigen Tag von beiden Seiten.

Sie halten es für möglich, auf sich die Pflicht der Unterwerfung unter die Parteidisziplin zu nehmen, da sie nicht im Zweifel sind, daß unsere theoretische Kritik in den Tatsachen dessen wird, die unrichtigen strategischen Prinzipien zu liquidieren, wie sie schon gehalten hat, eine Reihe von solchen tatsächlichen Schlussfolgerungen zu liquidieren. Aber gerade aus diesem Grunde wird sich die Leitung mit verdoppelter Kraft gegen die Rückkehr der Opposition in die Reihen der Partei stemmen.

Sie weisen ganz richtig darauf hin, daß der Fünfjahresplan des sozialistischen Aufbaues zu einer wichtigen Etappe in der Entwicklung der Oktoberrevolution werden kann. In zurückhaltender, aber nicht zweideutiger Form

Der Sowjet-chinesische Konflikt und die Aufgaben der Opposition.

Von L. Trozki.

Ich denke, das alles ist vom Imperialismus weit entfernt. Ich denke, daß die Ultralinken dabei etwas lernen könnten. Ich bin bereit, anzuerkennen, daß bei weitem nicht all das in die Tat umgesetzt wurde. Auf der chinesischen Bahn wurde unzweifelhaft nicht weniger, sondern noch mehr gesündigt als in Moskau. Gerade deswegen führt die Opposition ihren unerbitterlichen Kampf. Aber schlecht ist der Politiker, der das Kind mit dem schmutzigen Badewasser ausschüttet.

Im Vorhergehenden habe ich erklärt, in welchem Sinne die Stalin-Fraktion für die Provokation Tschang-Kai-Schek verantwortlich ist. Aber nehmen wir an, dem wäre nicht so. Nehmen wir an, daß die Stalin-Bürokratie neue Lummheiten vollbracht hat, die dem Feind unmittelbar den Schlag auf die Sowjetrepublik erleichtert hat. Was geht daraus hervor? Folgt daraus, daß man die Sowjetrepublik nicht verteidigen soll? Oder, daß man sie von der stalinischen Leitung befreien muß? Der Leitartikel des „Wegen den Strom“ gleitet in verbrochener Weise zu der ersten Schlussfolgerung. Er erklärt, daß er sich nicht auf die Seite der stalinischen Bürokratie und ihres abenteurlichen Krieges stellen kann. Als ob im Falle eines Krieges es sich um die stalinische Bürokratie und nicht um die Oktoberrevolution und um die in ihr investierten Möglichkeiten handelte. Um noch tiefer zu gehen, sagt der Autor des Leitartikels: „Die Opposition kann in der gegenwärtigen schweren Krise auf kein besonderes Heilmittel hinweisen.“ Es ist schwer, eine verlässlichere Stellung einzunehmen. Das ist nicht eine Stellung

eines Revolutionärs, sondern die eines fremden Beobachters. Und was für eine Stellung soll der russische Revolutionär einnehmen? Welche die Sowjetkämpfer der Opposition im Falle eines Krieges? Soll man neutral bleiben? Der Autor macht sich darüber keine Gedanken. Warum? Weil ihn nicht der Standpunkt eines Revolutionärs leitet, der unmittelbar am Kampfe teilnimmt, sondern eines Notars, der die Handlungen beider Seiten registriert, ohne persönlich daran teilzunehmen.

Die Stalin-Leute haben schon öfters versucht, uns zu beschuldigen, daß wir bald eine Niederlagenpolitik, bald eine Politik der bedingten Verteidigung einnehmen. Dieser Frage war meine Rede am 1. August 1927 auf dem vereinigten Plenum des Z. K. und Z. S. K. gewidmet. In dieser Rede sagte ich:

„Die Höhe von der bedingten Verteidigung werden wir den Verlierern ins Gesicht schmeißen!“

Also nicht nur den Gedanken der Neutralität, sondern auch den von der bedingten Verteidigung nenne ich eine Verleumdung, und werfe diese Verleumdung den Stalinleuten ins Gesicht. Wieso hat also der Autor des Leitartikels das nicht bemerkt? Und, wenn er es bemerkt hätte, warum hat er nicht angegriffen? Inbezug auf diese Rede in dem vor kurzem in französischer Sprache erschienenen Buche „Die verunklärte Revolution“ gedruckt worden.

Es handelte sich bei mir nicht um irgend einen bestimmten Krieg, sondern um jeden erdenklichen Krieg gegen die Sowjetunion. Denn man müßte vollständig verstandlos sein, um hinter den vorübergehenden Konjunkturfunktionen nicht den grundlegenden Antagonismus zwischen den imperialistischen Staaten und der Sowjetrepublik zu sehen. In der Frage des Rüstens für einen Oppositionellen,

sind die Imperialisten gerne einer Meinung mit Stalin. Aber gegenüber der Sowjetrepublik bleiben sie, trotz Stalin, Tobende. Jeder Krieg wird unausweichlich diesen Antagonismus aufdecken und unausweichlich die Frage vom Bestand der Sowjetrepublik selbst stellen. Daher sagte ich in der oben erwähnten Rede:

„Hat die Opposition Zweifel betreffs der Verteidigung des sozialistischen Staates? Nicht im geringsten. Wir hoffen nicht nur zu verteidigen, sondern noch anderen Lehren beizubringen. Haben wir Zweifel betreffs der Fähigkeit Stalins, eine richtige Linie für die Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes aufzuzeigen? Ja, die haben wir, und sogar im höchsten Maße.“

Die Opposition ist für die Verteidigung der U. S. S. R. Sie hat es gezeigt und wird es in der Tat nicht schlechter als andere zeigen. Wer für Stalin handelt es sich nicht darum. Eigentlich, handelt es sich für Stalin um eine andere Frage, die er sich nicht auszusprechen traut. Nämlich: ist es möglich, daß die Opposition glaubt, daß Stalins Führung nicht in der Lage ist, den Sieg der U. S. S. R. zu garantieren? Ja, sie glaubt es.

Sinowjew: Wichtig. Und weiter: Wer kein Revolutionär wird am Vorabend des Krieges oder während des Krieges auf sein Recht und seine Pflicht verzichten, für die Verbesserung des Parteilebens zu kämpfen — wie es in der Partei immer war —, denn darin liegt die wichtigste Bedingung für den Sieg. Ich resümiere: Für das sozialistische Vaterland? Ja! Für den Stalinismus? Nein!

Ich denke, daß diese Stellungnahme auch im gegenwärtigen Moment seine volle Kraft behält.

4. August 1929.

L. Trozki.

(Schluß.)

weisen sie auf die Bedingungen hin, welche notwendig, aber heute noch nicht vorhanden sind. Während Sie weiter die Theorie des Sozialismus in einem Lande ablehnen, sagen Sie damit zugleich, daß sogar beim Vorhandensein der notwendigen inneren Bedingungen und der tatsächlichen Verwirklichung des Fünfjahresplanes das wichtigste Problem der Oktoberrevolution — die Umwandlung der bürgerlichen Gesellschaft in eine sozialistische — in keinem Falle bis zu Ende geführt werden kann, ohne eine parallele Entwicklung der internationalen Revolution und ohne ihre Siege in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern.

Und dieses verlangt wiederum eine richtige Linie der Kommintern. Und hier muß man sagen: Trotz der plötzlichen Wendung weicht die Leitung der Kommintern auch heute nicht weniger von der leninistischen Linie ab, als in jener Zeit, als sie den Kurs auf die Komintern und auf das englisch-russische Komitee hielt. Sie schreiben ganz richtig,

daß „die Leitung der Kommintern aus der Periode der ideellen Schwankungen nicht herausgetreten ist“. Hierzu muß man hinzufügen, daß die Insamensetzung der ultralinken Schlussfolgerungen mit rechten Vorbedingungen sich auch weiterhin in der Tagespolitik der wichtigsten Sektion der Kommintern wieder spiegelt. Und als Resultat davon geht, unter dem Pärn von Artikeln und Reden, über die „dritte Periode“ und „neuen Aufschwung“ die weitere tatsächliche Schwächung der Kommintern organisatorisch wie politisch vor sich. Dieser Prozeß ist noch in keinem Lande zum Stillstand gekommen, und darin besteht die wichtigste Gefahr, die der Oktoberrevolution wie auch dem Weltproletariat droht.

Sie sind mit Ihrer Erklärung gerade in dem Augenblick aufgetreten, wo die innere wie die äußere Lage der Sowjetrepublik äußerst kompliziert ist. Große Gefahren schlummern in der Zukunft. Sie können unter gewissen Be-

dingungen viel schneller herantreten, als sie von vielen erwartet werden. Die Oppositionellen werden für die Oktoberrevolution unter dem Banner Lenins in jedem Falle und unter allen Bedingungen kämpfen. Diese Pflicht steht höher als Organisationsnormen und formale Parteirahmen. Durch Ihre Erklärung sagen Sie nur, daß die Interessen der Revolution es verlangen, daß der Opposition die Möglichkeit gegeben wird, ihre Pflicht auf normalem Wege im Rahmen der Partei zu erfüllen. Ich erkläre mich solidarisch hierzu, wie ich mich auch mit Ihnen solidarisiere in der Hoffnung, daß unabhängig von dem unmittelbaren praktischen Schicksal unserer Erklärung, die Sympathie und die Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der Partei und Arbeitermassen finden wird.

Mit kommunistischem Gruß
L. Trotski
Konstantinopel, den 25. September 1929.

Un das 3. R. der K. P. De.! Un alle Mitglieder der K. P. De.

Werte Genossen!

Mit der Übernahme der Regierung durch die Bolschewiki der österreichischen Konterrevolution, durch das Regime Schober-Baugoin, hat eine neue Etappe in der Entwicklung der Klassenkämpfe in Österreich begonnen. In der sechsjährigen Periode der Reaktion, die mit der Genfer Sanierung begann und einerseits zu einer außerordentlichen Verstärkung der Macht des Finanzkapitals, andererseits zu einer Sammlung, Vereinheitlichung und Mobilisierung aller Teile der bürgerlichen Klasse in der Form der Heimwehrbewegung geführt hat, wurden die Voraussetzungen für die offene Diktatur des Finanzkapitals geschaffen. Die Niederlage des Proletariats am 15. und 16. Juli hat diesen Prozeß beschleunigt, die Offensive der Konterrevolution befestigt.

Unter dem Haiseln der Heimwehrwaffen, im Zeichen der Einheit und der Mobilisierung der Arbeiter der Konterrevolution hat Schober die Macht übernommen:

das Regime der Konterrevolution ist ausgerichtet.

Wir haben das Kommen des konterrevolutionären Regimes rechtzeitig signalisiert. Am Vorabend der Machtübernahme durch Schober gab es eine Etappe des Kampfes, in der es möglich war,

durch revolutionäre Gegenangriffe

die drohenden Gefahren abzuwenden. Das war die Etappe des Kampfes von St. Lorenzen bis zum 29. September. Unsere Aufgabe als Kommunisten in dieser Etappe des Kampfes war klar und eindeutig:

das Proletariat zum unmittelbaren revolutionären Kampf, zur Verbindung des Sieges der Konterrevolution mobil zu machen.

Wir müssen es offen aussprechen, ohne uns auch nur eine Sekunde der Selbsttäuschung hinzugeben. Dies ist uns nicht gelungen. Stärker als das revolutionäre Klassenbewusstsein waren die Illusionen in den Massen, stärker als unsere revolutionäre Energie erwies sich die reaktionäre Kraft der Sozialdemokratie. In einem entscheidenden Absehnit der Klassenkämpfe erzielten wir die Früchte Eurer seit Jahren falschen, teils opportunistischen, teils ultralinken Politik, erzielten wir die Früchte der Isolierung von den Massen, vor der wir Euch stets warnen.

Der notwendige Widerstand des Proletariats ist ausgeblieben — die Konterrevolution hat sich — begrüßt von der Sozialdemokratie — in den Sattel geschwungen.

Mit dem vorläufigen Sieg der Konterrevolution erwarteten uns neue taktische Aufgaben. War es gestern, als die Konterrevolution noch drohte, notwendig und wichtig, die Massen zum unmittelbaren Abwehrkampf mit allen Mitteln aufzurufen, so ist dies heute nicht mehr der Fall. Die Konterrevolution hat das Heft in Händen. Ihr erster Schritt, die Aufrihtung der Diktatur des Finanzkapitals, der Monarchie Rothschild beim Bodenrebeib-Brosch. Ihr zweiter Schritt: die Aenderung der bürgerlichen Verfassung entsprechend der geänderten Kräfteverhältnisse. Das allmächtige, monopolistische im wahren Sinne des Wortes herrschende Finanzkapital verlangt einen streng zentralisierten Staat, verlangt die Vereinigung der letzten kleinstädtischen Freiheiten, die durch die Sonderstellung Wiens symbolisiert sind. Das siegreiche Wiener Finanzkapital kann die von der Agrarbourgeoisie und dem bäuerlichen Kleinbürgertum diktierte föderalistische Verfassung, die noch gewisse demokratische Züge aufweist, nicht dulden.

Sinter dem Fegen eines Verfassungsentwurfes verbirgt sich die Legalisierung der Segemonie des Hauses Rothschild.

Wegen werden es die Angriffe gegen die letzten sozialpolitischen Reste von 1918/19 sein, zu denen die Konterrevolution ausholen wird.

Nichts wäre gefährlicher als jetzt die Arbeiter mit einem „Marsch auf Wien“, mit einem „Sieg des Faschismus“ und ähnlichen sozialdemokratischen Propagierungen davon abzulenkten, daß die Konterrevolution bereits an der Macht sei.

Legale oder staatsstreikmäßige Handlungen — alle politischen Handlungen der Bourgeoisie — gehen jetzt ausschließlich von dem konterrevolutionären, herrschenden Regime aus. Die Priemer und Steidle, ob sie in ihren Provinznestern bleiben oder als Minister dem Regime der Konterrevolution eingegliedert werden, sind nur untergeordnete, sekundäre Erscheinungen.

Nicht in Innsbruck und Innsbruck, sondern in Wien, am Ring des 21. November, ist das Zentrum der Konterrevolution.

Das ist die erste und wichtigste Tatsache, von der wir ausgehen müssen.

Die zweite Tatsache ist nicht weniger wichtig: Die Hoffnung auf eine unmittelbare revolutionäre Erziehung, auf eine unmittelbare Entscheidung ist falsch und stügerisch. Ja, es kann, wenn die Bourgeoisie mit aller Brutalität vorgeht, hier und da zu verzweifelten, spontanen Teilkämpfen kommen.

Aber unsere Arbeiterklasse, die trotz ihres prächtigen Anlaufs von St. Lorenzen die Konterrevolution — unter dem Einfluß der Sozialdemokratie — widerstandslos in den Sattel steigen ließ, wird sich nicht morgen wie ein Mann erheben gegen die Konterrevolution und ihrem Strigbüßelhalter: die Sozialdemokratie.

In schweren, bitteren Kämpfen wird die Konterrevolution erst der Arbeiterklasse die Augen öffnen, ihre Illusionen zerbrechen und die ganze Ohnmacht und Unkrautabhängigkeit der SP. den Massen vorführen. Zahllose Arbeiter werden ernüchtert werden.

Aber nur wenn wir Kommunisten es verstehen werden die Massen zu sammeln, sie Schritt für Schritt in den Kampf zu führen, ihr Vertrauen zu erobern, nur dann wird es gelingen, aus den kommenden Entscheidungskämpfen siegreich hervorzugehen. Ohne revolutionäre, anerkannte, in der Masse verwurzelte Führung kann es keine siegreiche Klassenmacht des Proletariats geben.

Das Aktionsprogramm, das Ihr auf der Konferenz vom 26. September aufgestellt habt, ist ein bunteschichtiges Buntschafzel, nicht aber die Kampfplattform, auf der wir die Sammlung der Arbeiter beginnen können. Die wichtigste Aufgabe, vor der wir jetzt stehen, ist nicht eine monotone Reklamation über die Benachteiligung des Proletariats. Das ist eine Lösung von gestern, als wir zum unmittelbaren Entscheidungskampf aufriefen, und das wird die Lösung von morgen sein, wenn die kampfenstehenden Massen auf die Straßen ziehen.

Als Aktionslösung für heute ist sie falsch.

Die wichtigste Aufgabe ist jetzt, tausendmal mehr noch als bisher,

der zähe, planmäßige Kampf um den geschlossenen Betrieb und die wirtschaftlichen Forderungen des Proletariats.

Der Kampf für den „offenen Betrieb“ ist eine Lebensnotwendigkeit des rationalisierenden Kapitals. Die Umkehr dieses Angriffes ist das wirtschaftliche und politische Hauptinteresse jedes Arbeiters.

Der Kampf um den geschlossenen Betrieb ist das Zentralproblem in der gegenwärtigen Etappe.

Das begreift jetzt auch der letzte Arbeiter, wenn er sich entschließt.

den Kampf gegen die Hungerlöhne aufzunehmen.

Die Leichtfertigkeit, mit der Ihr „Politik“ macht, geht am deutlichsten daraus hervor, daß Ihr einfach vergeht, auch nur mit einem Wort

die Fage der Arbeitslosen

zu stellen. Und doch wird die rasch ansteigende Arbeitslosigkeit eine gewaltige Arbeitermasse auf die Vermittlungen und damit in das furchtbare Elend schleudern.

Der Kampf für eine lebensunmögliche Unterstützung der Arbeitslosen, gegen die mörderische Ausweitung, ist eine der Hauptaufgaben der Kommunisten.

Daß Ihr das heute noch nicht begriffen habt, daß Ihr auf diesem Gebiet die jämmerlichste Schwanzpolitik macht, das zeigt, daß Ihr nichts gelernt und nichts von Euren Fehlern vergessen habt.

Wenn wir diese Alltagsarbeit planmäßig und richtig leisten werden, dann werden die Massen langsam Vertrauen zu uns gewinnen, wenn wir sie zum Kampf aufrufen.

Aber nicht nur Eure politische Verständnislosigkeit, Euer Unernst und Eure Leichtfertigkeit tauben Euch die Möglichkeit, das Vertrauen der Massen zu gewinnen.

Eure Spaltung der Partei, die ihr getreu der Stalinischen internationalen Spaltungspraxis durchgeführt habt, hat auch jede Entwicklungsmöglichkeit geraubt.

Die tiefe Sorge um das Schicksal unserer Partei, die in Euren Händen zerbröckelt und politisch entwirrt wird, zwingt uns mit allem Ernst, an Euch heranzutreten und Euch aufzufordern:

Macht Schluss mit eurer jetzigen Politik!

Wir haben oftmals betont, daß wir mit Euch zusammenzuarbeiten gewillt sind. Wir schlagen Euch vor:

Arbeitet ein vernünftiges, der Lage entsprechendes Aktionsprogramm aus und wir werden euch politisch, gewerkschaftlich und in der Arbeitslosenbewegung — bei Beibehaltung unserer grundsätzlichen Auffassungen — unterstützen.

Blickt nach rückwärts und Ihr werdet erkennen müssen, daß sich in allen entscheidenden Perioden seit 1918 Eure Politik und Taktik als falsch und verderblich erwiesen. Ihr habt das anarcho-kommunistische Erbe von 1918/19 übernommen, jenes Abenteuerkum, gepaart mit Passivität, das der Sozialdemokratie die Führung über die Massen 1918/19 in die Hände spielte. Ihr habt in der Periode der sozialen und politischen Reaktion, die seit 1922 währt, es nicht verstanden, die leninische Politik der Vereinigung der Massen einzuschlagen, Ihr seid am 15. und 16. Juli hilflos jenseits und nicht an der Spitze der Massen geblieben. Nurmehr verständig

die Periode der Konterrevolution

die Klassengegenstände und eröffnet eine Ära erbitterter Klassenkämpfe, in denen die noch nicht besiegte Arbeiterklasse entweder entscheidende Niederlagen erleidet oder das System der Konterrevolution zerschmettern wird.

Von der offenen Diktatur des Finanzkapitals führt kein Weg zurück in die beschränkte bürgerliche Demokratie. Faschismus oder Kommunismus?

Diktatur des Finanzkapitals oder Diktatur des Proletariats — so hat die Geschichte die Alternative gestellt.

Werbet Ihr in den Kämpfen, die vor uns stehen, so verzagen wie in jenen der Vergangenheit, dann werdet Ihr, trotz Eures ehrlichen Wollens, infolge Eurer juristischlichen Unfähigkeit ein Element der Befehigung der Kontextrevolution werden.

Zusammenarbeit aller Kommunisten auf dem Boden eines revolutionären, bolschewistischen Aktionsprogramms — das ist das Gebot der Stunde.

Die Exekutive der Kommunistischen Opposition Österreichs (Linke Kommunisten).

Bodenkreditkrach ~ Wirtschaftskrise ~ Betriebsstilllegungen.

Mit eherner Konsequenz vollzieht sich die Konzentration des Kapitals; das Bank- und Industriekapital ballt sich in mächtigen Großbanken zusammen und läßt hinter sich die überflüssigen, lebensschwachen und unrentablen Produktionsstätten und Geldinstitute als Trümmerhaufen liegen. Die großen Haifische verschlingen die kleinen. Die Bodenkreditanstalt aber ist an Verdauungsstörung zugrunde gegangen. Sie hat zuviel und nutzlos verschlungen. Alle verfallenen Banken — und Oesterreich hat eine ansehnliche Galerie solcher Kunden — wurden in enger Freundschaft mit der Sozialistenregierung der Bodenkreditanstalt zugeschnitten, dafür bekam diese unbegrenzte Kredite von der Nationalbank und war das Finanzministerium der Regierungspartei. Die Bodenkreditanstalt mit Herr Sieghart war der reichende Keil in der Politik, sie finanzierte den Faschismus, bis sie dann selbst zugrunde ging. 132 Millionen Schilling betrug allein die Schuld der Bodenkreditanstalt an die Nationalbank. Unzählige Millionen uneinbringlicher, sogenannter „eingestorener“ Schulden hängen in den Konzernrechnungen, insbesondere in den Seyer-Werken.

Die Bürgerkriegspropaganda gab diesem „Waherlapp“ den Stief. Die kleinen und großen Geldbesitzer kauften Dollar, hoben ihre Unhaben ab, die finanzielle Katastrophe war da.

Jetzt trat die Kreditanstalt des Herrn Rothchild auf den Plan. Es galt einen Kielesang zu machen. Die Regierung vor allem, was Rothchild forderte. Wahre Steuerermäßigungen, Kieleskredite mit niedrigem Zinssatz und Staatsgarantie für die „eingestorenen“ Unhaben der Bodenkreditanstalt. Der staatlichen Postsparkasse hat die politische Uhe der Einheitsliste mit der Bodenkreditanstalt 17 Millionen Schilling gestiftet. Allein 180.000 Aktien, die die Postsparkasse zum Werte von 120 bis 130 Schilling übernommen hat, haben neun Zehntel ihres Wertes eingebüßt. Rothchild ist jetzt der mächtigste Mann Oesterreichs. Er verfügt über das Geschick von zehntausenden von Arbeitern und Angestellten.

Die Konkursmasse der Bodenkreditanstalt wird auf ihre Tauglichkeit geprüft werden. Konkursverwaltungen werden gesperrt und Tausende von Arbeitern und Angestellten brotlos werden. In Graz wurden in diesem Zusammenhang die „Königsa“-Fahradwerke gesperrt, hundert Arbeiter mehr, die keine Aussicht haben, Arbeit zu bekommen. Auch die Seyer-Werke sollen gesperrt werden, um den Seyer-Werken, wo für viele Millionen Schilling unverkaufte Räder liegen, den Markt freizumachen.

In Wien soll die Lokomotivfabrik „Steg“ gesperrt werden. Betriebsstilllegungen großen Stils sind für die Zukunft in Aussicht genommen.

Der Rosenmaus frisst von Monat zu Monat. Schon spricht man in Handelskreisen vom Schwanken des Schilling, dessen Kaufkraft ohnehin schon um circa 30 Prozent gesunken ist. Weiter wird ausländische Valuta gekauft und die Nationalbank mußte im Zusammenhang mit der Bodenkreditanstalt 15 Millionen Dollar im Ausland zur Sicherung der ausländischen Kredite anlegen.

Von Woche zu Woche steigt die Zahl der Arbeitslosen, die Unternehmer haben keine Aufträge, der Inlandabsatz sinkt. Die Teuerung macht sich jetzt, wo zu den Lebensmitteln das Brennmaterial kommt, besonders fühlbar. Es gibt keinen proletarischen Haushalt, der sich nicht noch mehr einschränken müßte. Der Hunger zieht durch die Mietschichten des Proletariats, während die Reichen zum Weihnachtsest feien.

Abonnenten, die den „Mahnruf“ nicht regelmäßig erhalten, sollen dies in der Verwaltung oder dem Kassier melden.

Aus dem Banksumpf.

Der gewöhnliche Arbeiter und Angestellte, der täglich seinen Weg zur und von der Arbeit geht, den Abend im Kreise seiner Familie oder in Züngen oder Versammlungen verbringt, hat in der Regel keine Ahnung, wie die Maschine der Wirtschaft, die Lenker des Staats, die über das Leben hunderttausender entscheiden, veränderlich und leichtfertig Millionen von Schillingen in ihre Taschen stecken lassen, wofür sie seinen Finger gerührt haben. So fördert der Bodenkreditkrach haarstreuende Tatsachen zutage. So berichtet Allina, der sozialdemokratische Abgeordnete, im Parlament folgendes:

Die Beträge, die die Herren der Leitung bezogen haben, sind so hoch, daß sie in ihrem ökonomischen Effekt in sehr vielen Fällen dem Abbau von Hunderten von Arbeitern und Angestellten entsprachen. Die Bodenkreditanstalt hatte einen Präsidenten, einen Präsidienstellvertreter, fünf Vorstandsdirektoren, fünf Abteilungsleiter, fünf Direktorstellvertreter und elf Abteilungsleiterstellvertreter, ein Lenkungsorgan, von dem (bis auf Direktor Weiner) nicht ein Mensch entlassen wurde. Die Beträge der Direktoren haben zwischen 130.000 und 200.000 Schilling im Jahre geschwankt. Wenn man zusammenrechnet, was an Tantiemen und Gehalt ausgezahlt wurde, so kommt man schon zu Zahlen, die der Verlust, den die Aktionäre erlitten, ganz gleichbedeutend beinhalten. Ein Direktorstellvertreter der Bodenkreditanstalt hat ein Einkommen von 88.000 bis 70.000 Schilling im Jahre! So ist es nur selbstverständlich, daß das Gehaltsverhältnis in einer Weise belastet wurde, die das Unternehmen nicht aushalten konnte.

Es sind nicht bloß Halbjahresantennen, sondern sogar Vierteljahresantennen gezahlt worden: die letzte davon wurde am 30. September d. J., also zu einem Zeitpunkt, wo der Unternehmung bereits der Boden unter den Füßen weggezogen war, den Herren ausgezahlt und in vielen Fällen bar abgehoben.

... Es ist ausgerechnet worden, daß die nur seit Erstellung der Goldbilanz unberechneterweise ausgezahlten Dividenden und Tantiemen den unerhörten Betrag von 25 Millionen Schilling ausmachen, das sind 50 Prozent des in der Goldbilanz ausgewiesenen Kapitals.

Generaldirektor Weiner, der ein paar Jahre in letzter Zeit bei der Bodenkreditanstalt tätig war, hat eine einmalige Abfertigung von 700.000 Schilling, eine Jahrespension von 180.000 Schilling und darüber hinaus eine Pensionzulage in einer der Leistenlisten unbekannter Höhe erhalten. Er hat seit seinem Ausscheiden im Dezember 1923 bis heute, also in einer Zeit, wo die Bodenkreditanstalt in Verfall gekommen war, gewiesen ist, auf diese Weise ungefähr zwei Millionen Schilling bezogen.

Alle diese Zusammenhänge werden die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht hindern, auch weiter von der bedrückten und jähwachen Wirtschaft zu reden und die Arbeiter mit Hungerlöhnen scheuchen zu lassen. Herr Sieghart, der die Bank in den Ruhrort gerieben hat, wußte sein Konto zu sichern. Er ist Besitzer der Eisenbahn A. G., die gleich drei Tageszeitungen besitzt. Mit diesen Mitteln wird Herr Sieghart die „öffentliche Meinung“ machen.

Verschiedenes.

Polizei frisst einen von „Helmschütz“-Bankiers überfallenen Schatzkammer. In der Annenstrasse wurde vor einigen Tagen der Schatzkammer Karl Benzinger von einem Trupp „Helmschützler“ überfallen und niedergeschlagen. Drei Schieber-Gewaltstäter, die auf die Differenz erschienen, drohten den Überfallenen, als sie sahen, daß es ein Schatzkammer war: „Warum lassen's ihnen das gefahren? Die Eier stehen sie selbstverständlich, ohne sie zu behindern, abzugeben.“

Die „Kommunistenkonferenz“. Die Sozial-Kommunisten haben, nachdem sie in ganz Oesterreich mit solchen Konferenzen herumgewandert sind, Graz als das „Wohlfühlende des Kommunismus“ ausgerufen. Offenbar ist ihnen das Besondere der letzten Gemeinderatswahl noch in Erinnerung. Dann dürften sie zu wissen, daß man in Graz auf hellem Boden ist und es mit Arbeitern zu tun hat, die durch jahrelange Erfahrung den Unterföhl kennen, der „sozialen kommunistischen Politik und kommunistischer Phrasologie“ besteht. Warum macht ihr diese Konferenz nicht in Oberföhlmarkt, in eurer „Domäne“? Oder glaubt ihr, in Graz sei noch etwas kommunistischer Einfluß da, den ihr, damit es in Oesterreich ja keinen roten Punkt gibt, auch zerstreuen müßt? Wo seht ihr alle eure Konferenzen von Baden angefangen, erfolglos geblieben, von Konferenz zu Konferenz hat sich euer Einfluß vermindert. Es ist auch kein Wunder. Die ideologische Armut, der politische Unhalt dieser Konferenzen sank immer tiefer. Um erfolgreiche Konferenzen organisieren zu können, braucht man eine erfolgreiche Politik und Propaganda. Und so lange ihr das nicht habt, wird auf diesen Konferenzen nur die Luft erstickt werden, aber nicht mehr. Geht ein das Experimentieren, fehr zurück zu Lenin, ihr habt genug geschwätzt an der Partei und dem Kommunismus. Geht nicht fortwährend durch eure stöckliche Taktik und Agitation den 38-Jährigen Gelegenheiten, gegen den Kommunismus zu setzen und ihn vor den Arbeitern zu entstellen.

Heimwehrenmarkt am 12. November. Die Heimwehren haben für 12. November einen Aufmarsch auf dem

Breitheitsplatz angelegt. Dieser Aufmarsch ist eine Provokation der Sozialdemokratischen Partei, die jährlich die Arbeiter zur Feier dieser Arbeiter-Republik auf den Breitheitsplatz rief. Ein ständiger Aufmarsch liegt in dieser Aktion der Heimwehren. Sie feiern mit Recht am 12. November „ihre“ Republik. Die Arbeiterklasse hat diese Republik nicht bekommen, nur in ihren Illusionen war sie die Arbeiterrepublik. Sie war immer die Bourgeois-Republik. Heute aber ist sie die Republik der Kontextrevolution. Und wenn die Arbeiter am 12. November demonstrieren, so müssen sie leidenschaftlicher denn je, gegen diese Republik und für die Arbeiterrepublik demonstrieren. Damit soll nicht gesagt sein, daß wir nicht für die politischen Rechte der Arbeiterschaft auch in dieser Republik kämpfen sollen. Aber der Unterschied zwischen uns und Margiten und den verführerischen 38-Jährigen liegt darin, daß diese die Bourgeois-Republik verteidigen wollen und nicht einmal die bürgerlich-demokratische Verfassung gegen die faschistische Bourgeoisie verteidigen, während wir Kommunisten erkennen, daß der Sieg des Sozialismus nur im Kampf gegen den überlänglichen Staat durch die proletarische Revolution, zu sichern ist.

Arbeitermord. In der Nacht von Samstag auf Sonntag, den 20. d. M. wurde der Holzarbeiter Lorenz Krainer von vier Heimwehren ermordet. Als er sich zur Wehr setzen wollte, zog der Heimwehrenkommandant Ingenieur Anton Mayr, der auf einem Gut in Krainitz angeheiratet ist, den Revolver und erschlug den Arbeiter. Die heimliche Justiz hat den Mordverbrechen von der Spitz entlassen. Das ist auch eine demokratische Geste.

Gen. Koch, wegen Abhaltung der Ausgesteuerten-Versammlung zu 48 Stunden verurteilt.

In der Erkenntnis, daß gegen den Massenabbau der Arbeitseinstellung die Ausgesteuerten sich sammeln und zur Wehr setzen müßten, wurden von uns die Ausgesteuerten zu einer Versammlung eingeladen. Wer am pünktlichsten erschien, das war die Polizei — um die Versammlung zu verbieten. Die Versammlung setzte sich dagegen zur Wehr: „Ihr wollt verhindern, daß wir uns unter Wra kämpfen, ihr wollt“, bestrafen die anwesenden Frauen den Polizeisprecher entgegen, „daß wir am Gericht gehen?“ Gen. Koch bewies den Trabanten Stütz, daß es sich um eine Paragraph 2-Versammlung handelt, die jederzeit ohne Anmeldung und ohne daß die Polizei ein Recht hat, amtsfrei zu sein, abgehalten werden kann. Nachdem die Faschisten lässlich ungekräftigt Rechtsbrüche begehen, werden die linken Arbeiterorganisationen auch schon dann verurteilt, wenn sie von den bestehenden Rechten Gebrauch machen. So wurde Gen. Koch wegen der Ausgesteuertenversammlung vor dem Bezirksgericht am 8. Oktober zu 48 Stunden Arrest oder 10 Schilling Geldstrafe verurteilt. Das hilft uns nicht ab, weiter den Unterdrückungsbeamten zu sagen, daß sie vereint gegen die S. P. vorgehen müssen.

Grössbauer, die edle Christen eele

Bei diesem Elend, wo die Arbeiter fortwährend in die Arbeitslosigkeit gestochen werden, sind viele gezwungen, Schulden zu machen. Zu wieder Arbeit, dann wird abgezahlt. Dem Kaufmann Wenzel Grössbauer fiel es aber fählich ein, eine Arbeitslose, die in Zahlungsdürftigkeit geriet, zu klagern, aus purer Neugier gegen das „rote Weindel“. Er fragte die Betreffende eines Tages, ob sie auch so verblüdet sei, in eine Versammlung von Leo Bauer zu gehen. Und da der Herr Grössbauer schon einmal im Schimpfen über die „Noten“ war, hauchte er auch über die Arbeitslosen aus. Die werden doch bekanntlich vor allem zu den Noten g-zählt, denn schwarz können sie nicht sein, dazu geht es ihnen zu wenig gut. Er nannte sie arbeitslose Weindel, wegen dem man sozial Steuer zahlen müße. „Aufs Land mit ihnen, die Männer zu Krampfen und Haue, die Frauen zum Kämmeln und Aufsichtern.“ Darauf gab ihm die Arbeitslose die gehörige Antwort. Und Grössbauer, der bei Weibschweif und Weibwasser sein Christentum immer wieder neu eiden läßt, klagte die Arbeitslose ob ihres Mißstandes beim Bezirksgericht ein. Die Frau, die eine Schuld von 96 Schilling hatte, wurde samt den Gerichtskosten zur Zahlung von S. 164.58 verurteilt. Da sie nicht zahlen konnte, betrieb der Herr Grössbauer die Exekution und ihr wurde das ganze Mobiliar bis auf einen Tisch und ein Bett weggenommen. Die Frau war seit 1919 ununterbrochen Kundin dieses Kaufmannes. Die Proletarier, die bisher bei ihm einkaufen, sollen es in Zukunft nicht mehr tun.